

0.1 BRD und DDR

0.1.1 [Zur Entstehung der BRD und des Grundgesetzes (vgl. B. S. 116ff.)

1. Londoner Sechsmächtekonferenz [USA, E, Fr, Benelux]:
 - Überwindung des französischen Widerstands
 - Beschluss: Gemeinsame Verfassung für die Westzone (7. Juni 48)
2. Frankfurter Dokumente (1. Juli 48)

Westalliierte Erlaubnis für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung durch die Ministerpräsidenten der Länder, eine Verfassung mit demokratischer, bundesstaatlicher Ordnung und garantierten Grundrechten und eine Volksabstimmung über die genehmigte Verfassung

Abänderungen der deutschen Ministerpräsidenten: Westdeutsche Verfassung als Provisorium; Parlamentarischer Rat statt verfassungsgebende Versammlung, Grundgesetz statt Verfassung, Ratifizierung durch Landtage
3. Beratung der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz bei Koblenz (10. Juli 48)

„stinkfaul und ohne jegliche geschichtliche Grundlage“
4. Ausschüsse tagen auf Herrenchiemsee zur Erarbeitung eines Vorentwurfs zum Grundgesetz (Aug. 48)
5. Ab 1. Sept. 48 Tagung des Parlamentarischen Rats (65 Abgeordnete der Landtage, zusätzlich fünf Berliner Abgeordnete ohne Stimmrecht)
6. Am 1. Mai 49 Beschluss des Grundgesetzes

Abstimmung in den Landtagen (Zustimmung aller Landtage außer Bayern; Bayern empfand die zugestandenden föderalistischen Rechte für zu wenig)

(Der Parlamentarische Rat wollte, anders als die Alliierten wie in den Frankfurter Dokumenten festgehalten, keine Volksabstimmung, da ja nur die West-Hälfte des Volks abgestimmt hätte; damit hätte man die Teilung Deutschlands akzeptiert oder zumindest weniger stark abgelehnt. Außerdem ist es völkerrechtlich würr, dass nur eine Hälfte des Volks über eine Verfassung entscheidet.)

7. Genehmigung des Grundgesetzes durch die Militärgouverneurs (12. Mai 49)
Verkündung des Besatzungsstatuts (alliierte Vorbehaltsrechte)
8. Verkündung des Grundgesetzes (23. Mai 49)
9. Übergehen der Befugnisse der Militärregierung auf die Alliierte Hohe Kommission (Juli 49]

0.1.2 [Die alliierten Vorbehaltsrechte

- Zustimmung der Alliierten Hohen Kommission bei Grundgesetzänderungen
- Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft
- Wiederaufnahme der Regierung bei einer Bedrohung für die Demokratie (nach alliierter Einschätzung) möglich
- Besatzungsrecht vor Bundes- und Landesrecht
- Abhängigkeit der Polizeigewalt von alliierter Genehmigung
- Abhängigkeit in der Außenpolitik
- Viermächtestatus Berlins → Stimmrechtslosigkeit der Berliner Abgeordnete im Bundestag

(Gleicher Grund der Stimmrechtslosigkeit wie der Grund gegen eine Volksabstimmung: Hätte man die SBZ-Abgeordneten ausgegrenzt, wäre man einen Schritt näher an der Akzeptierung der Teilung Deutschlands gewesen.)

→ Deutliche Einschränkung der Souveränität]

0.1.3 [Wesentliche Elemente des Grundgesetzes; „Wehrhafte Demokratie“

- Unveränderbare Passagen im Grundgesetz (Verfassungskern)
- Garantie (und Einklagbarkeit) von Menschenwürde etc.
- Festlegung Deutschlands als Bundes- und Rechtsstaat etc.
- Recht auf Widerstand:
Grundsätzlich: Möglichkeit der Klage beim Bundesverfassungsgericht
Ansonsten, nach Ausschöpfung aller anderen Mittel (dieser Fall kann wohl nur bei einem Militärputsch auftreten): Zulassung der Gewalt zur Bekämpfung der Demokratiebedrohung
- Möglichkeit des Verbots verfassungsfeindlicher Vereinigungen durch den Innenminister
Möglichkeit des Verbots verfassungsfeindlicher Parteien durch das Bundesverfassungsgericht]

12.02.2007

0.1.4 [Petersberger Abkommen (1949)

- Mitarbeit Deutschlands in der Ruhrbehörde; Zeigen guten Willens
Große Leistung Adenauers: Wegbeschreitung zur Wiedererlangung der Souveränität Deutschlands – Frankreich und die Beneluxstaaten regierten über das Ruhrgebiet; Adenauer bot seine Mithilfe an (rein technisch gesehen war das Regieren des Ruhrgebiets nicht einfach); dieser Zug wurde von den Alliierten als sehr cool betrachtet; → zumindest Möglichkeit einer Einflussnahme
- Keine Alleingänge
- Gestattung konsularischer Beziehungen
- Beitritt Deutschlands zum Europarat]

0.1.5 [Der Weg von der SBZ zur DDR

- Volkskongressbewegung: Vorgabe der Förderung einer deutschen Einheit
- 2. Volkskongress (März 48): 400 Delegierte →
 1. Deutscher Volksrat →
Ausschuss (Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs, basierend auf einem SED-Entwurf)
- 3. Volkskongress (Mai 49)
Einheitsliste zur Wahl (nur Ja/Nein-Stimmen, Druck auf politische Gegner, Wahlmanipulationen etc.)
→ Überführung [quasi nur Umbenennung] zur Nationalen Front
- 2. Deutscher Volksrat →
provisorische Volkskammer (Präsident, Ministerpräsident) →
- DDR]

0.1.6 [Große Ziele (West-)Deutschlands

- Deutsche Einheit
- Gleichberechtigung Deutschlands, Abbau des Misstrauens gegenüber Deutschland
- Beitrag zur Sicherung des Friedens
- Starker Europagedanke:
Europäische Integration, Stärkung Europas
- Außenpolitische Freiheit
- Die SPD empfand die deutsche Einheit für wichtiger als außenpolitische Freiheit; dementsprechend hätte die SPD die Deutsche Frage offen gelassen und Deutschland hätte neutral bleiben sollen. (Es war aber die CDU an der Macht; das ist also nicht passiert.)
- Westintegration als Teilstaat (CDU)]

0.1.7 [Ziele und Maßnahmen des Westens und des Ostens]

Westen: Ziele

- Eindämmung des Kommunismus
- Wirtschaftlicher Aufbau
- Schutz Westberlins
- Militärischer Schutz
- roll-back des Kommunismus

Osten: Ziele

- Ausbreitung des Kommunismus
- Isolierung Berlins
- Sicherung des kommunistischen Machtbereichs
- Gegenmaßnahmen zur NATO

Westen: Maßnahmen

- Truman-Doktrin
- Marshall-Plan
- Berliner Luftbrücke
- Eisenhower-Doktrin
- NATO-Bündnis (1949)

Osten: Maßnahmen

- Einsetzung kommunistischer Regierungen (Satellitenstaaten)
- Berliner Blockade
- Niederschlagung von Aufständen

Methoden der Auseinandersetzung

Kalter Krieg: Berlinkrise (1948), Koreakrieg (1950–53)

Gegenseitige Abschreckung: Kubakrise (1962)]

[Wichtig: Durch Koreakrieg Wandlung von containment- zu roll-back-Politik]

[Deutsches Volk fand die Wiederbewaffnung Deutschlands uncool, und Frankreich war ganz strikt gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands. Daher Vorschlag von Adenauer: nicht Bundeswehr, sondern europäische Armee; oder, alternativ: (West-)Alliierte sollen mehr Soldaten in Deutschland zum Schutz Deutschlands stationieren]

0.1.8 Der Weg der BRD zur Souveränität

Deutschlandvertrag (1954) [zuvor schonmal 1952, da aber gescheitert]

- Aufhebung des Besatzungsstatuts
- Sicherung Westberlins als Teil der BRD
- Weitgehende Souveränität
- Wiedervereinigung Deutschlands möglich mit [gesamtdeutscher] demokratischer Verfassung und Integration [Gesamtdeutschlands] in Europa
- [Gestattung von Botschaften statt nur konsularischer Beziehungen]

Pariser Verträge

- Saarstatut
- Endgültige Beendigung der Besatzung
- Beitritt zur WEU [Westeuropäische Union]
- Beitritt zur NATO

Gleichberechtigung für BRD →

Mai 55: Souveränitätserklärung der BRD

Aber: Verantwortung der Westmächte für Deutschland als Ganzes [Zustimmung der Westmächte für eine Wiedervereinigung nötig] und für Berlin bleibt erhalten. [Sowie: Andauernde Stationierung amerikanischer (und englischer) Truppen; aber als Schutz, nicht zur Besatzung]

0.1.9 „Deutschland in der Entscheidung“ (B. S. 130, Quelle 4.9)

Heinemann als Gegner der Wiederaufrüstung Deutschlands:

- Aufrüstung würde den eisernen Vorhang (die Grenze des Ostblocks; harte, quasi undurchtrennbare Trennung) abschließen → Vertiefung der Spaltung Deutschlands wäre die Folge
- Entsprechende Reaktionen seitens der Sowjetzone/Sowjetunion (Kriegs- und Rüstungsdienst) wären zu erwarten
- Widerstand Frankreichs
- Spaltung Deutschlands wäre auch eine (in den Augen Heinemanns eine schlechte Lösung) Lösung
- Angst vor Gesamtdeutschland=Neutralität unbegründet
Angst vor Sowjetisierung eines neutralen Gesamtdeutschlands unbegründet
→ Heinemann will ein Gesamtdeutschland, egal ob neutral oder nicht
- Unrealistisch, dass die Alliierten gemeinsam über Deutschland regieren
- Aufrüstung nicht notwendig, eine kleine Wehrmacht würde genügen]

0.1.10 Die Stalinnote vom 10. März 1952

Angebote

- Einheitlicher Staat [unter der Regierung Stalins; die Verfassung hätte man noch ausarbeiten müssen], Ende der Spaltung
- Abzug der Streitkräfte der Besatzungsmächte binnen einem Jahr
- Demokratische Rechte für das deutsche Volk

- Keine wirtschaftlichen Beschränkungen
- [Gestattung] nationale[r] Streitkräfte
- Aufnahme Deutschlands in die UNO [Augenwischerei – Demonstration des Friedens und der Anerkennung/Gleichberechtigung etc.]

Forderungen

- Keine Koalition, kein Militärbündnis gegen ehemaligen feindlichen Staat [also insbes. nicht gegen die UdSSR]
- Gültigkeit der territorialen Bestimmung des Potsdamer Abkommens

[Reaktion Adenauers

lol, da:

- Kein Vertrauen gegenüber der UdSSR (siehe Koreakrieg etc.)
- Westalliierte wären dagegen (und zum Zeitpunkt der Stalinnote ist der Deutschlandvertrag noch nicht abgeschlossen → Deutschland hätte die Alliierten um ihre Zustimmung fragen müssen)
- „Demokratische Rechte“
- Interpretation als Verzögerungsversuch der Westintegration Deutschlands
- Wie wäre der Einfluss der UdSSR auf Deutschland, wenn die Truppen der Westalliierten weg wären?
- Angebot zu vage formuliert
- XXX Evtl. falsch: Die BRD verlangte freie Wahlen als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung; die Stalinnote sprach aber nicht direkt über freie Wahlen oder hätte sie erst später vorgesehen. (XXX stimmt das?)

→ Man hat das Angebot nicht als ein ernst gemeint eingeschätzt (v.a. die SPD hätte sich aber eine ernsthafte Prüfung des Angebots gewünscht).

04.03.2007

Hat man mit der Ablehnung der Stalinnote eine Chance zur Wiedervereinigung vertan? Wohl ja, aber es wäre halt ein sozialistischer Staat geworden.]

0.1.11 [Innerdeutsche Verhältnisse (B. S. 203ff.)

- Wer tritt die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches an? (Welchen Staat bezeichnet der unqualifizierte Ausdruck „Deutschland“?)
- Die BRD und die Westalliierten meinten, dass das Deutsche Reich nicht untergegangen sei und die BRD somit die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches antrete.
- Die DDR meinte, dass Deutsche Reich sei untergegangen und jetzt sei etwas ganz Neues vorhanden.
- Die BRD sagte, sie spreche für alle Deutschen, da es für einen Teil der Deutschen – den Leuten in der DDR – nicht möglich wäre, sich zu vertreten, weil es in der DDR ja keine freie Wahlen gab.

Man solle in der DDR zuerst freie Wahlen, eine rechtsstaatliche Ordnung, eine freiheitliche Regierungsform, Schutz der Menschenrechte etc. (B. S. 203, Ende des zweiten Absatzes) einführen.]

[Die Zweistaatentheorie der DDR (B. S. 204)

- Zunächst meinte man, es gäbe eine gemeinsame Nation, aber zwei Staaten. (Das meinte man in der BRD und DDR.)
- Dann vollzog sich in der DDR (nicht aber in der BRD) der Wandel zur Zweistaatentheorie: Man sprach nur noch von der Existenz zweier Staaten, nicht mehr von der einer gemeinsamen Nation.]

[„Aussage zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten“ (B. S. 209, Quelle 7.4)

- Ansprüche der BRD: Provisorium, Rechtsnachfolge, Alleinvertretung →
Die BRD muss sich beim Rest der Welt durch Leistungen etc. profilieren.
- Sowie Haltung der BRD: Nichtanerkennung der DDR →
Notwendigkeit eines modus vivendi als „Workaround“ / „Behelfslösung“
- Wiedervereinigung erscheint wegen der zu starken Festigung der Unterschiede zwischen den beiden Staaten (politisch/ideologisch (Grundrechte, Demokratieverständnis, etc.), wirtschaftlich (Planwirtschaft etc.)) nicht möglich.
- Zusätzlich zur eigenen Nichtanerkennung der DDR will die BRD zusätzlich, dass auch niemand anderes die DDR anerkennt.

Dazu die Hallstein-Doktrin: Die BRD bricht Beziehungen zu allen Staaten ab, die die DDR anerkennen. (Insgesamt hatte man aber doch nur zwei Staaten ent-erkannt, Jugoslawien und Kuba.)

→ Gefahr einer Isolierung der BRD (ist aber nicht passiert, da die BRD wirtschaftlich zu wichtig war)

→ Erpressbarkeit der BRD (z.B. könnten afrikanische Staaten – denen die ganze BRD/DDR-Situation total egal ist – drohen, die DDR anzuerkennen, wenn sie nicht von der BRD höhere Entwicklungshilfe bekommen etc.)

Daher Modifikation: Nur Abbruch der Beziehungen, wenn das jeweilige Land die Entscheidung frei fällt (insbesondere fallen unter diese Klausel die Ostblockstaaten, die ja alle die DDR anerkennen **mussten**) (XXX evtl. falsch; XXX. evtl zu grob, aber den Sinn treffend: „nicht so pauschal“)]

[Die ganze Israel-Sache

- Die BRD musste Israel anerkennen, um zu zeigen, dass man sorry wegen den Nazis war etc.
- Aber: Die arabischen Staaten drohten damit, die DDR anzuerkennen, wenn die BRD Israel anerkennt, woraufhin nach der Hallstein-Doktrin die BRD ja die arabischen Staaten entanerkennen hätte müssen, was wiederum bedeutet hätte, dass der Handel verkompliziert worden wäre (oder auch gar nicht mehr möglich gewesen wäre).
- Daher hat man zumindest Israel immer inoffiziell unterstützt.]

[Berlin als „Seismograph“ für die Weltpolitik; Ausdruck des jeweiligen Machtbereichs]

[Kennedy hat quasi stillschweigend Ostberlin der DDR überlassen und sich nur noch um Westberlin gekümmert.]

[„Friedliche Koexistenz“ ↔ Weltkommunismus]

14.03.2007

[Egon Bahr: Wiedervereinigung ist ein Prozess mit vielen Schritten, nicht ein einmaliges Ereignis]

[Glaube an Wiedervereinigung kein Alltagsdenken]

[Ziel der DDR: Anerkennung; Ziel der BRD: Entspannung, Erleichterung des Lebens der DDR-Bürger]

16.03.2007

0.1.12 [Die neue Ostpolitik

Hintergrund: Internationales Sicherheits- und Entspannungsklima, amerikanisch-westeuropäische Osteuropapolitik

Vorteile der Entspannungspolitik:

- Menschliche Erleichterungen, z.B. Erleichterung innerdeutscher Kontakte (Familien etc.)
- Hätte das Potenzial gehabt, die Wiedervereinigung stark zu beschleunigen; aber die Vereinigung war ja kein Alltagsgedanke
- Berlin (XXX)

Nachteile der Entspannungspolitik:

- Bruch mit der vorherigen Politik; so musste ja auch das Bundesverfassungsgericht entscheiden, ob der Grundlagenvertrag verfassungskonform war.
- Warschauer Vertrag: Gebietsverlust der BRD; damit Hegemonie der Sowjetunion über Osteuropa (XXX aber de facto war ja auch schon zuvor das Gebiet verloren)
- Ideologische Unterschiede; Annäherung an das „Böse“ (dieser Punkt nicht von Hk)]

14.03.2007

„Grundlagenvertrag“ (B. S. 216, Quelle 8.1)

- **Präambel:**
 - Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa (vgl. Moskauer und Warschauer Vertrag, Verkehrsvertrag)
 - Unverletzlichkeit der Grenzen [XXX welcher Grenzen?]; Souveränität der DDR (vgl. Warschauer Vertrag; Interessengleichheit bezüglich Grenzen)
 - [Achtung der Integrität der territorialen Gebiete und der Souveränität aller Staaten in Europa (→ Anerkennung der Souveränität der DDR und Ebnung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR)]
 - Gewaltverzicht [und Verzicht auf Androhung von Gewalt] (vgl. Ostverträge)
 - Unterschiedliche Auffassung von „Nation“ (große Bedeutung) [laut BRD eine Nation, laut DDR zwei]
 - Konkretisierung des oben genannten Ziels der Entspannung
- **Artikel 1:** Gutnachbarliche Beziehungen auf Grundlage der Gleichberechtigung (Aufgabe der Hallstein-Doktrin; damit unvereinbar: Schießbefehl)
- **Artikel 2:** Grundlage des Verhältnisses: Charta der Vereinten Nationen (vgl. Ostverträge)

- **Artikel 3:** Gewaltverzicht; Grenzachtung (vgl. Ostverträge)
- **Artikel 4:** Ende des Alleinvertretungsanspruchs [der BRD]
- **Artikel 5:** Verpflichtung, Beitrag zur KSZE (Art. 5.1) und MB-FR (Art. 5.2) zu liefern und abzurüsten (SALT; Art. 5.3)
- **Artikel 6:** Betonung der Souveränität
- **Artikel 7:** Bereiche der normalisierten Beziehungen: humanitärer Sektor, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik [aber natürlich nicht Militärtechnik], Verkehr usw.

Brief zur deutschen Einheit

Keine Aufgabe des Einheitsbestrebens

16.03.2007

[Folgeverträge: Transitabkommen, . . .]

[Breschnew-Doktrin der UdSSR]

- Inhalt: UdSSR muss/kann bei einem antikommunistischen Aufstand in einem der Satellitenstaaten eingreifen.
- Nichtung dieser Doktrin durch Gorbatschow → Ebnung/Schritt in Richtung der Wiedervereinigung etc.
- Honecker ging mit diesem fortschrittlichen Kurs Gorbatschows nicht mit („er habe seinen Lehrer jetzt übertroffen“, sagt eine Karikatur)

[Zugeständnis Gorbatschows nach großer Geldspritze an die UdSSR von Deutschland: Deutschland darf selbst entscheiden, welchem Bündnis (NATO oder Warschauer Pakt) es angehören will]

[XXX Nächste Stunde: Zehn-Punkte-Programm, 2+4-Verträge, Einigungsvertrag]

21.03.2007

[Wieso hat man den Runden Tisch gegründet? – Das Bedürfnis nach Rechten seitens der Bevölkerung war einfach zu groß geworden.]

[Wieso wollte die SPD nach 146 GG vereinigen? – Weil sie Reformen einbringen wollte, beispielsweise ein Recht auf Wohnung

und Arbeit; sowas nachträglich im Grundgesetz zu ändern wäre wohl schwieriger geworden, weil man ja ´ne Zweidrittelmehrheit für Grundgesetzänderungen benötigt.]

[Was waren die Ziele der SED/PDS im Wahlkampf zur frei gewählten Volkskammer? – Ka, wohl aber soziale Sicherung, und Kommunismus (jetzt natürlich mit mehr Offenheit)]

[Vorstellung der Wiedervereinigung der BRD: Langfristig; unter EU-Vorzeichen]